

## Gorbach: KFG-Novelle einstimmig im Verkehrsausschuss beschlossen

Utl.: Experten bestätigen: "Licht am Tag" rettet Leben =

Wien (OTS) - Verkehrsminister Hubert Gorbach ist hochofret. Heute hat die 26. KFG-Novelle einstimmig den Verkehrsausschuss passiert, Experten haben vor allem der Neuregelung des Fahrens mit Licht am Tag ein Mehr an Verkehrssicherheit attestiert. Gorbach sieht sein Vorhaben durch den einstimmigen Beschluss eindrucksvoll bestätigt. Die Novelle wird am 15. November 2005 in Kraft treten, ab dann wird eine vernünftige Übergangsfrist bis zur Strafbarkeit der neuen Delikte beginnen. Mit der KFG-Novelle soll das Fahren mit Licht am Tag für alle Fahrzeuge das ganze Jahr über verpflichtend eingeführt werden, egal ob im Ortsgebiet oder auf Freilandstraßen. Diese Bestimmung soll für bessere Sichtbarkeit der Fahrzeuge und damit für mehr Sicherheit auf Österreichs Straßen sorgen Laut Schätzungen des Kuratoriums für Verkehrssicherheit kann diese Bestimmung dreißig Menschenleben pro Jahr retten.\*\*\*\*\*

"Der sogenannte "Report on Daytime Running Lights" der EU-Kommission zum Lichtfahren am Tag zeigt eindeutig, dass Tagfahrlicht verkehrssicherheitsfördernd ist, da eine Reduktion von Autounfällen von 5-15 Prozent möglich ist", so Verkehrsminister Gorbach. Die Regelung bezweckt, durch die verpflichtende Vorschreibung des Tagfahrlichts Kfz im Straßenverkehr sichtbar zu machen. Die Erkennbarkeit steigt, entgegenkommende Pkw sind früher sichtbar und das Risiko von Frontalzusammenstößen wird minimiert. Laut EU-Studien sind auch die Bedenken seitens der weniger geschützten Verkehrsteilnehmer wie zB Fußgänger und Radfahrer, zu wenig "sichtbar" zu sein, unbegründet. Es geht vielmehr umgekehrt darum, dass Pkw von den Fußgängern früher erkannt werden. Dieser Auffassung waren auch Experten im Hearing des Verkehrsausschusses.

"Die Einführung von Licht am Tag hat einen marginalen Anstieg des Benzinverbrauchs zur Folge, sowie einen Mehrverbrauch an Glühlampen, wobei davon auszugehen ist, dass insgesamt maximal Mehrkosten von 6 Euro/Jahr entstehen. In Anbetracht des zu erwartenden Rückgangs der Unfälle und Verkehrstoten auf Österreichs Straßen und des daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Schadens ist das für den einzelnen Verkehrsteilnehmer ein kleiner Beitrag für ein viel höheres Maß an Verkehrssicherheit", schloss Gorbach. (Schluss)

Rückfragehinweis:

Martin Standl

Pressesprecher

BM für Verkehr, Innovation und Technologie

Tel.: (++43-1) 53 115/2164

mailto:martin.standl@bmvit.gv.at

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER  
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0234 2005-09-22/14:07

221407 Sep 05

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20050922\\_OTS0234](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20050922_OTS0234)